

Calw.
 je
 ger
 agen.
 in Vereins-
 die Kirche
 für alle);
 in Bachsaal:
 ge Jesu im
 en);
 Dreißigen
 der wiet-
 für Männer).
 Ausfüh.

cheri
 Bedarf um
 ten Besuch!
 ntag abend ist
 arzer
 tischer
 kaufen.
 lämer kann den-
 en bei
 Hammann
 ubulach.

unde
 schkreuzung mit
 auf die Namen
 e o.
 uf wird gewarnt
 deren Verbleib
 stelle ds. Bl.
 eues
 orrad
 ufi.
 ie Geschäftsstelle

Quantum
 eu
 Schmid,
 Stammheim
 ollbach.
 ihre altes
 trind
 ufen
 Calmbacher.

enpad
 er, Bürger
 pften dem
 iegsherrn
 nach, riesi-
 e Schlöffer
 iter sagte:
 e, bis sie

impfungen
 zollern die
 geht heute
 egehren
 D. Calw.

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme der
Sonn- und Festtage.

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil.
Die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil.
Die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag.

Für Platzvorschriften kann
keine Gewähr übernommen
werden.

Gerihtsstand für beide Teile
ist Calw.



Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wohntlich, mit Trägerlohn.
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld.

Schluss der Anzeigen-
annahme 3 Uhr vormittags.

In Fällen höherer Gewalt besteht
kein Anspruch auf Lieferung der
Seltung oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.

Sprechst. Nr. 9.
Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Schöle.
Druck und Verlag
der A. Oeschläger'schen
Buchdruckerei.

Die Aufnahme Deutschlands vertagt.

Die Genfer Verhandlungen gescheitert.

Vertagungsantrag des Völkerbundesrats.

Endgültige Entscheidung heute vormittag.
 In Genf, 17. März. Die Ratamitglieder haben gestern
 abend in einer geheimen Sitzung mit 7 gegen 3 Stimmen be-
 schlossen, bei der Vollversammlung den Antrag auf Vertagung
 des deutschen Aufnahmeforschusses bis zum September zu stellen.
 Die drei Mächte, die sich gegen diesen Antrag aussprachen, sind
 Belgien, Japan und Schweden. Der Beschluß erfolgte im Ein-
 verständnis mit der deutschen Delegation.

Der amtliche Bericht der Locarnomächte.

Die Locarnomächte haben folgende gemeinsame Veröffentli-
 chung vereinbart, die am Spätabend ausgegeben wurde:
 „Die Vertreter Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Groß-
 britanniens und Italiens haben sich vereinigt, um die Lage zu
 prüfen, wie sie sich aus den aufgetauchten Schwierigkeiten des
 Verfahrens ergibt, die sich der Verwirklichung ihrer gemein-
 samen Ziele entgegenstellen. Sie stellen fest, daß sie im Begriff
 waren, zu einer Uebereinstimmung zu gelangen und die Hinder-
 nisse zu überwinden, die zu einem gegebenen Zeitpunkt unter
 ihnen entstanden waren. Falls, wie zu befürchten ist, die ein-
 gangs erwähnten Schwierigkeiten fortbestehen sollten, würden
 die Vertreter der 7 Signatarmächte des Protokolls von Locarno
 bedauern, daß sie im gegenwärtigen Augenblick das von ihnen
 angestrebte Ziel nicht erreichen können. Sie stellen mit Bezie-
 dung fest, daß das Friedenswerk, welches sie in Locarno ver-
 wirklicht und welches in seinem ganzen Wert und in seiner
 ganzen Kraft bestehen bleibt, dadurch nicht berührt wird. Sie
 halten daran fest, heute wie gestern, und sind fest entschlossen,
 sich gemeinsam dafür einzusetzen, es aufrecht zu erhalten und
 fortzuentwickeln. Sie bleiben bei der Ueberzeugung, daß bei
 der nächsten Bundesversammlung die gegenwärtigen Schwierig-
 keiten überwunden sein werden und daß die Verständigung, die
 hinsichtlich der Voraussetzungen für den Eintritt Deutschlands
 in den Völkerbund erzielt worden war, verwirklicht werden wird.“

Die Auffassung der deutschen Delegation.

Zur Auffassung der aus dem amtlich vereinbarten Com-
 munique sich ergebenden Lage wird halbamtlich aus Kreisen
 der deutschen Delegation mitgeteilt, daß für die Beurteilung des
 Nichtvollzuges des deutschen Eintritts in den Völkerbund die
 Tatsache im Vordergrund der Betrachtung stehe, daß dieser
 negative Ausgang aus einer Schwierigkeit des Verfahrens
 resultiert, die nicht vorausgesehen werden konnte. Es wird da-
 bei ausdrücklich festgestellt, daß die vorher bestehenden Hinder-
 nisse, mit denen man sich u. a. noch Dienstag vormittag be-
 faßt hatte, beseitigt waren. Es braucht dabei nur daran erin-
 nert zu werden, daß Beneß, der Führer der Kleinen Entente,
 sich ebenfalls unter den Herausgebern des Communiqués be-
 findet. Die Ursachen des negativen Ausganges sind daher
 außerhalb der Locarno-Mächte bei einem südamerikanischen
 Ratmitglied (Brasilien) zu suchen. Die deutsche Delegation
 vermeidet es jedoch, ihrerseits die Verursachungsfrage näher zu
 erörtern und überläßt es der Meinung der Welt, die Schlüsse
 zu ziehen, auf denen ihre letzte Entscheidung beruhen wird.
 Im übrigen ist wesentlich die unter den Signatarmächten von
 Locarno getroffene Feststellung dahingehend, daß das Werk von
 Locarno mit seinen Voraussetzungen, Rück- und Auswirkungen
 unter ihnen bestehen bleibt und daß sie es als ihr gemeinsames
 Ziel betrachten, die jetzt bestehenden Schwierigkeiten bezüglich
 des deutschen Eintritts in den Völkerbund bis zur nächsten
 Vollversammlung zu beseitigen. Aus dieser Auffassung wird
 von manchen Seiten in Genf der Vorwurf hergeleitet, daß bei
 den Genfer Besprechungen Locarno über den Völkerbund ge-
 stellt worden sei. Inzwischen erscheint es für die Behandlung
 der gesamten öffentlichen Meinung der Welt und sicherlich nicht
 nur vom deutschen Standpunkt aus, das wichtigste Erfordernis,
 daß bei der nun erfolgten Entwicklung keinerlei fehlerhaftes
 Verhalten Deutschlands mitspielt, das sie sich aber durch die Form
 in der im vereinbarten Communiqué auf die Beziehungen
 zwischen den Ereignissen und der Erhaltung des Werkes von
 Locarno Bezug genommen wird, unzweifelhaft darstellt.

Heute nochmalige Ratssitzung vor der Vollversammlung.

In Genf, 17. März. Heute vormittag wird vor dem Zu-
 sammentritt der Vollversammlung eine Zusammenkunft der
 Ratamitglieder stattfinden, in der sie von der dann vorliegenden
 Situation Kenntnis nehmen und einen dementsprechenden An-
 trag an die Vollversammlung formulieren werden. Falls die
 Situation bis heute vormittag sich nicht geändert haben sollte,
 was kaum anzunehmen ist, wird der Rat in seinem Antrag an

die Vollversammlung sein Bedauern aussprechen, daß Deutsch-
 land nicht in den Völkerbund aufgenommen werden konnte.

Die Berliner Presse zur Vertagung.

In Berlin, 17. März. Der „Tag“ stellt am Schluß seiner
 Erörterungen, die er dem Zusammenbruch des Völkerbundsge-
 dankens widmet fest, daß die deutsche Delegation den gefundenen
 Ausweg nicht eigener Initiative verbanke, sondern einer Lösung,
 die sich noch als Türe ins Freie erweisen wird. Auch der „Ber-
 liner Lokalanzeiger“ meint, an der deutschen Delegation habe es
 nicht gelegen, wenn die Genfer Intriguen mit diesem kläglichen
 Fiasko des Völkerbundes und der gesamten europäischen Politik
 geendet hätten. Die „Tägl. Rundschau“ sagt, die unmittelbare
 Ursache für den Genfer Mißerfolg wäre das Veto Brasiliens, die
 eigentliche Ursache aber die französisch-polnische Politik und die
 unklare Haltung Chamberlains. Die „Post-Zeitung“ schreibt:
 Die Wendung, welche die Dinge in Genf genommen haben, be-
 deutet eine ganz schwere Enttäuschung. Namentlich die ehelichen
 Freunde des Völkerbundes würden von tiefer Trauer erfüllt
 sein über diese Distretierung der Institution des Völkerbun-
 des. Das „Berliner Tageblatt“ legt besonderen Wert darauf,
 daß trotz einer Vertagung das Friedenswerk von Locarno un-
 verändert bleibt. Die „Deutsche Tageszeitung“ stellt dagegen
 fest, daß die Erklärung der Locarnomächte nur eine formelle
 Ueberwindung der tiefen Risse zwischen ihnen sei. Die Furcht
 der Urheber von Locarno, für den großen Fehlschlag der Locarno-
 politik in Genf in ihren Ländern verantwortlich gemacht zu
 werden und die Furcht vor dem politischen „Was dann?“ habe
 sie zu diesem gemeinsamen Schritt gebracht. Politisches Kapital
 sei daraus nicht zu schlagen. Der „Vorwärts“ stellt fest, daß
 man vor einem diplomatischen Trümmerhaufen stehe. Ganz
 schuldlos daran sei man auf keiner Seite. Der Genfer Völker-
 bund hat sich in einem Ausmaß blamiert, von dem man noch in
 fernsten Zeiten künden wird. Die sogenannten großen Staats-
 männer, denen es so leicht fiel, Deutschland, nachdem es wehr-
 los gemacht wurde, in Ketten zu schmeißen und immer neue
 Qualen für uns auszumühen, erweisen sich in der Nähe gesehen
 als die kleinen Mächte mit allen kleinsten Schwächen und Ei-
 telkeiten, die ihr Werk so lange schon kennzeichnet.

Der erste Eindruck in Paris.

In Paris, 17. März. Die Nachricht von dem Vertagungs-
 antrag in Genf erregt hier großes Aufsehen, da die letzten Ge-
 ner Berichte dahin gedeutet wurden, daß Brasilien sein Veto zu-
 rückziehen werde. Es ist vorauszu sehen, daß ein Teil der fran-
 zösischen Presse den Vertragsbeschluß als ein offenkundiges Ein-
 geständnis der Ohnmacht des Völkerbundes huchen und dessen
 moralischen Bankrott verkünden wird. Die vorliegenden Kom-
 mentare der Presse, in denen die Folgen einer Aufnahme von
 Deutschland in den Völkerbund in den schwärzesten Farben ge-
 schildert werden, lassen den Schluß zu, daß die Vertagung des
 deutschen Eintritts nicht ungen gesehen wird. Es fehlt jedoch
 nicht an Stimmen, die das Verhalten Brasiliens verurteilen.
 So telegraphiert der Genfer Vertreter des „Temps“, die von
 Brasilien eingenommene Haltung sei umso bedauerlicher, als die
 letzten Schwierigkeiten, die wegen der Wahl Polens in den
 Völkerbund bestanden, aus dem Wege geräumt zu sein schienen.
 „Journal des Debats“ sagt, es sei höchste Zeit, daß der Vorhang
 über Genf falle, weil das Schauspiel, das man in den letzten
 Tagen erlebt habe, geradezu beschämend gewesen sei.

Die Rückwirkungen der Genfer Tagung.

Genf und die französische Kabinettsfrage.

In Paris, 17. März. Die Nachricht von der Vertagung der
 Genfer Probleme auf September hat in politischen Kreisen
 einen ungünstigen Eindruck hervorgerufen. Eine politische Per-
 sönlichkeit erklärte am Dienstag abend, die Vertagung sei als
 ein Mißerfolg der Locarnopolitik aufzufassen, der geeignet sei,
 die Stellung des Kabinetts Briand zu gefährden. Nur die
 Furcht vor einem Kabinetts Herriot werde eine Reihe Politiker
 davon zurückhalten, gegen die Regierung Briand zu stimmen.
 Abreise Briands aus Genf.

Der französische Ministerpräsident Briand hat seine Kabi-
 nettskollegen davon verständigt, daß er heute aus Genf abreisen
 und dem Donnerstag früh zusammen tretenden Ministerrat, der
 den endgültigen Wortlaut der Regierungserklärung festlegen
 soll, beizohnen wird. Dem Ministerrat geht heute früh ein
 Kabinettsrat voraus, der unter dem stellvertretenden Vor-
 sitzenden Lalat die Regierungserklärung nach den von Briand nach
 Paris mitgeteilten Gesichtspunkten beraten wird. Die Regie-
 rung tritt am Donnerstag nachmittag vor das Parlament. An
 die Verlesung der Regierungserklärung wird sich eine politische
 Aussprache anknüpfen auf Grund von fünf Interpellationen
 über die allgemeine Politik des neuen Kabinetts. Außerdem
 sind noch weitere elf Interpellationen angemeldet.

Tages-Spiegel.

Die Genfer Verhandlungen um die Aufnahme Deutschlands
 in den Völkerbund sind am Widerstand Brasiliens gescheitert.

Heute vormittag wird die Vollversammlung des Völkerbundes
 die endgültige Entscheidung fällen. Voraussichtlich wird das
 Aufnahmeforschuss Deutschland bis zum September vertagt
 werden.

Die deutsche Delegation wird voraussichtlich heute abend Genf
 verlassen.

Nach dem Mißerfolg Briands in Genf erwartet man eine neue
 französische Kabinettskrise. Die Stellung Chamberlains ist
 schwer erschüttert.

Die internationale Arbeitszeitkonferenz in London setzte gestern
 die Beratung der einzelnen Artikel des Washingtoner Abkom-
 mens fort.

Der Streit der Großmächte mit China hat sich erheblich zuge-
 spitzt.

Der Reichstag wird morgen in der Beratung des Haushalts des
 Innenministeriums fortfahren.

Chamberlains Stellung erschüttert.

In London, 17. März. Der englische Außenminister Cham-
 berlain wird bei seiner Rückkehr nach England seine Stellung
 im Kabinetts schwer erschüttert vorfinden. Das Vertrauen in
 seine Fähigkeiten, das auch seit dem Abschluß der Verhandlungen
 von Locarno nicht übermäßig gewesen war, ist endgültig dahin.
 Hinzu kommt noch, daß Chamberlain, an dessen guten Absichten
 kaum einer in England gezweifelt hat, persönlich über keine große
 Anhängererschaft verfügt. Er gehört zu den Leuten, die zwar keine
 Feinde, aber auch nur wenig Freunde besitzen. Ganz England
 fühlt, daß er durch sein Verhalten in Genf nicht nur seinem
 eigenen Ruf, sondern auch dem Prestige Englands erheblichen
 Schaden zugefügt hat. Unter normalen Verhältnissen würde man
 nach seiner Rückkehr nur eine einzige Folgerung ziehen können,
 nämlich seinen sofortigen Rücktritt. Aber die Karrieren von
 Locarno sind noch zu frisch, als daß man einen solchen Schritt
 zur Zeit wagen könnte, ohne einen recht unangenehmen Nachge-
 schmack zu hinterlassen. Immerhin wird vielfach sein Rücktritt
 nur noch für eine Frage der Zeit gehalten.

Regierungskrise in der Tschechoslowakei.

In Prag, 17. März. Der Gesundheitszustand des Minister-
 präsidenten hat sich derart verschlechtert, daß er auf ärztlichen Rat
 zu einem mehrmonatigen Erholungsurlaub nach dem Süden ab-
 reisen wird. Sein Vertreter ist der sozialistische Eisenbahnmini-
 ster Běhounek. Es wird allgemein mit einem Rücktritt der Re-
 gierung und mit der Erneuerung einer Beamtenregulierung
 gerechnet. Der Rücktritt des Ministerpräsidenten kann als sicher
 angenommen werden. Die Lage ist sehr gespannt.

Das Volksbegehren über die Fürstenenteignung.

Berlin, 17. März. Der zweite Sonntag, der für die Ein-
 tragung zum Volksbegehren über die Fürstenenteignung be-
 reit stand, hat den Sozialdemokraten und Kommunisten große
 Erfolge gebracht. Der „Vorwärts“ stellt fest, daß sich am Son-
 tag allein 217 000 Wahlberechtigte haben eintragen lassen, so-
 daß in Berlin jetzt beinahe 1,1 Millionen Stimmen abgege-
 ben sind. Die Propaganda scheint jetzt zu wirken. Auch aus
 Grobshamburg meldet der „Vorwärts“ im ganzen 300 000 Ein-
 tragungen, aus Rdn 80 000, aus München 65 000, aus Bres-
 lau fast 100 000 und so fort. Es ist ja von Anfang an nicht
 zweifelhaft gewesen, daß die beiden Parteien, die für den we-
 tereren Verlauf des Volksbegehrens erforderlichen vier Millio-
 nen Stimmen bekommen würden. Sie selbst schätzen, daß bereits
 über acht Millionen abgegeben sind. Wie weit diese Zahlen
 zutreffend sind, läßt sich natürlich nicht nachprüfen, da für die
 Abstimmung auf dem Flachlande jeder Anhaltspunkt fehlt.
 Schließlich ist ja auch, ob es acht oder zehn Millionen sind, für
 den weiteren Verlauf belanglos. Sicher ist, daß der Reichstag
 sich mit dem Volksbegehren zu beschäftigen haben wird. Sicher ist
 auch, daß er es entsprechend der Auffassung der Reichsregie-
 rung ablehnen wird und daß dann etwa im Juni der eigent-
 liche Volksentscheid erfolgen muß. Fraglich kann nur sein, ob
 inzwischen der Reichstag den Versuch macht, durch die An-
 nahme des Kompromißantrages der bürgerlichen Parteien eine
 andere befriedigende Lösung zu suchen.

Kleine politische Nachrichten.

Vorbereitende Besprechungen über die Wahlreform. Der Reichsminister Dr. Kütz wird in aller nächster Zeit mit den Parteien Fühlung nehmen, um mit ihnen die einheitlichen Grundsätze der Wahlreform zu erörtern. In den Debatten des Haushaltsausschusses und des Plenums seien die Grundlinien der Parteien zur Wahlreform noch nicht erkennbar gewesen.

Das Volksbegehren zur Fürstenernennung. Die Gesamtzahl der bisher in Berlin erfolgten Eintragungen für das Volksbegehren beträgt 1 091 684 Stimmen. Die Gesamtzahl der bisher in Großhamburg abgegebenen Eintragungen für das Volksbegehren beträgt 189 000.

Protest des deutschen Ostbundes gegen einen polnischen Ratsitz. Der deutsche Ostbund hat an den Reichskanzler in Genf nachstehendes Telegramm gerichtet: In schwerer Sorge auf Grund hier eingetroffener Nachrichten, bitten wir, keinerlei Bindung für ständigen oder nichtständigen Sitz Polens im Völkerbund einzugehen, sofern Sie und Reichsaußenminister Grafmann Wert auf vertrauensvolle Mitarbeit des deutschen Ostbundes legen, der die ostmärklich eingestellten Deutschen aller Parteien umfaßt, darunter mehr als 900 000 von Haus und Hof Vertriebene.

16 Millionen Franken für ein neues Völkerbundsgebäude. Bei der Beratung der Budgetkommission des Völkerbundes regte der irische Vertreter an, den Sitz des Völkerbundes von Genf nach Lugano, nach Lausanne oder einem beliebigen Ort in einem extraterritorialen Land zu verlegen. Nach längeren Ausführungen des schweizerischen Bundesrats Motta, der sich energisch gegen einen solchen Vorschlag wandte, zog der irische Vertreter seine Anregung zurück. Die Kommission beschloß, 16 Millionen Franken für die Errichtung eines neuen Gebäudes zu bewilligen.

Internationaler Verband der demokratischen Parteien. In Paris fand eine Sitzung der Vorstandsmitglieder des internationalen Verbandes der demokratischen Parteien statt. Vertreten waren 7 Staaten: Deutschland, Frankreich, Dänemark, Belgien, Holland, Griechenland und Polen. Von deutscher Seite waren die Abgeordneten Haas und Heile anwesend. In der Sitzung wurde beschlossen, die nächste Vollversammlung im September in Genf abzuhalten.

Keine russisch-polnischen Garantiepaktverhandlungen. Entgegen den von polnischer Seite verbreiteten Nachrichten über russisch-polnische Garantiepaktverhandlungen erfahren wir, daß weder in Warschau noch in Moskau neue Vorschläge über diese Frage gemacht worden seien. Die Sowjetregierung ist nach wie vor bereit, einen Pakt mit Polen abzuschließen, wenn sich Polen bereit erklärt, den militärischen Posten in Danzig aufzugeben, die nationalen Minderheiten in Polen entsprechend dem Verträge von Riga im Jahre 1921 zu achten und die weißgarbigen Organisationen in Polen aufzulösen.

Litauen gegen die polnische Forderung. Die litauische Delegation, die unter Führung des Außenministers Reins steht, hat an den Vorsitzenden des Völkerbundes ein Schreiben gerichtet, daß sie einem polnischen Ratsitz scharf widerspreche, weil Polen seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen nicht nachgekommen sei, insbesondere Wilna nicht geräumt habe. Die litauische Delegation will dieses Schreiben durch eine Erklärung in der Völkerbundsversammlung ergänzen.

Die französische Regierung gegen das türkische Abkommen. Die französische Regierung hat sich geweigert, das kürzlich von De Jouvenel mit der Türkei abgeschlossene Abkommen über die türkisch-syrische Grenzregelung anzunehmen. Sie hat den französischen Botschafter in Angora beauftragt, im türkischen Außenministerium wegen Aenderung der Neutralitätsklausel und des türkischen Durchmarschrechtes durch syrisches Gebiet vorzusprechen.

General Pangalos Pläne. General Pangalos hat mitgeteilt, daß er ein Programm ausarbeite für die Wiederherstellung normaler Verhältnisse in Griechenland. Die Verfassung müsse neu gestaltet werden. Die Nachbefeugnis des Präsidenten sei nach amerikanischem Muster zu erhöhen. Nach Fertigstellung seiner Arbeiten im Mai solle die Präsidentenwahl erfolgen. Die Stimmabgaben für Kandidaten, die im Ausland wohnen, werde gesetzlich verboten werden. Die auf der Insel Santorin internierten Politiker sollen Kandidaturen dürfen, jedoch soll ihnen eine Teilnahme an Wahlversammlungen in Athen verboten werden. Pangalos selbst werde als Präsidentschaftskandidat auftreten.

Kein offizieller japanischer Schritt gegen China. Das japanische Kabinett hat beschlossen, die Entscheidung über einen diplomatischen Schritt in Bezug weanen der Bekleidung der japanischen Zerstörer in der Pei-ho-Mündung vorläufig zurückzustellen. Nichtsdestoweniger wird Japan eine freundschaftliche Demarche in Bezug unternehmen mit der Bitte, die Verantwortlichen des Zwischenfalles zu bestrafen. Schadenersatz den verwundeten Japanern zuzuerkennen und dafür zu sorgen, daß solche Uebergreife in Zukunft unterbleiben.

Italien gegen ein deutsches Kolonialmandat.

Lu Rom, 17. März. In der Tribuna polemisiert der Nationalist Coppola heftig gegen die Uebertragung eines Kolonialmandats an Deutschland. Es sei ganz ausgeschlossen, daran zu denken, dem besiegten Deutschland irgend ein Mandat zu geben, bevor man nicht die bevorrechtigten Ansprüche des kriegreichen Italiens auf Kolonialbesitz berücksichtigt hätte. Als kurz nach Locarno diese Frage angeschnitten wurde, habe Italien in London und Paris protestiert und dabei die Auskunst erhalten, daß Deutschland keinerlei bindende Zusicherungen auf Uebertragung eines Kolonialmandats gemacht worden seien. Es sei unverständlich, wie Briand jetzt dazu komme, bindende Zusagen zu machen, nur um die deutsche Intransparenz zu brechen. Italien habe nicht die geringste Lust, die Kosten dieses Kompromisses zu tragen, das nur den sozialistischen Aotipien anderer zugute komme. Das habe man noch 1919 in

Verfalltes sich leisten können. Heute aber müsse man außer mit dem Geist von Locarno mit noch etwas anderem rechnen, — dem Faschismus.

Amerika verurteilt die europäische Geheimpolitik.

Lu Newyork, 17. März. Die Newyorker Presse ist einmütig in der Beurteilung der europäischen Geheimpolitik, deren Folgen sich jetzt in Genf bemerkbar machen. „Sun“ führt die Zerwürfnisse in Genf auf den Mangel an Aufrichtigkeit zurück, der bei den Vorbesprechungen herrschte und der zu den Geheimabmachungen zwischen Chamberlain und Briand wegen des polnischen Ratsitzes führte. Amerika sollte froh sein, daß es mit alledem nichts zu tun habe. „Evening World“, unterstreicht, daß die deutsche Politik in Genf absolut einwandfrei sei, da Deutschland gemäß den Abmachungen von Locarno allein das Recht habe, in den Völkerbund aufgenommen zu werden und einen ständigen Ratsitz zu erhalten. Alles andere seien beleidigende Zumutungen. Auch „Newyork World“ sieht den Grund für die verworrene Lage in den Abmachungen, die hinter dem Rücken Deutschlands getroffen wurden. Deutschland verlange heute kein gutes Recht. Chamberlain sei seit Locarno bedenklich vom Wege abgeirrt, während Deutschland den Weg von Locarno bis Genf durchaus folgerichtig gehe. Deutschland träge keinen Vorwurf, wenn in Genf der Geist von Locarno sterbe.

Eine Erklärung der südamerikanischen Staaten.

Lu Genf, 17. März. Die südamerikanischen Staaten beim Völkerbund veröffentlichten folgende Erklärung:

„Die Delegationen der südamerikanischen Staaten haben einen im Geiste größter Herzlichkeit und Solidarität gehaltenen Meinungsaustausch gehabt und nach Anhörung der Erklärung der Ratsmitglieder Guani und Mello Franco folgenden Beschluß gefaßt:

1. Sie erneuern in ihrem Namen, wie im Namen ihrer Regierungen der brasilianischen Regierung und dem Botschafter Mello Franco ihre lebhafteste Sympathie.

2. In Anbetracht der schwierigen Lage des Völkerbundes und im Interesse des Weltfriedens, sowie entsprechend der Pflicht der amerikanischen Staaten, im Geiste der Ausdehnung der europäischen Völker zu vermitteln, sprechen die südamerikanischen Delegationen Mello Franco den Wunsch aus, Brasilien möge auf ihm gut erscheinende Weise die Einstimmigkeit des Rates erleichtern, um dem Rate die zu fassenden Beschlüsse zu ermöglichen.

3. Sie bitten Mello Franco vor dem Rate die einstimmige Ueberzeugung der südamerikanischen Delegationen vorzutragen, daß die südamerikanischen Staaten auf eine ihrer Zahl entsprechende größere Vertretung im Rat Anspruch haben.“

Aus aller Welt.

Ein Reichswehrgeschoss angepösch.

Am Sonntag abend wurde Reichswehrgeschoss Dählke vom 9. Infanterieregiment, das zurzeit in der Ruhlebener Kaserne bei Spandau liegt, angepösch. Dählke hatte einen einlamen Posten am Pulverschuppen, der hinter den Schießständen an der Heide liegt, bezogen. Kurz nach Eintritt der Dunkelheit ertönten von seinem Posten Schüsse, die von dem Nachbarn sofort gehört wurden und, als Alarmgeschüsse aufgefaßt, ebenfalls sofort weitergegeben wurden. Die Hauptwache eilte auf den Alarm herbei und fand Dählke etwa 100 Meter von seinem Posten entfernt blutüberströmt und brennungslos auf dem Boden liegen.

Neues Unglück auf der Konfordiagrube.

Am Sonntag früh um 5 Uhr stürzten in einem Ortbetriebe der Konfordiagrube in Hindenburg die Kohlen infolge eines logenannten Gebirgsschlagab und verschütteten drei vor Ort befindliche Jücker. Die Bergungsarbeiten mußten infolge neuer Gebirgsbewegungen zeitweilig eingestellt werden. Ein Fahrgestell wurde verletzt. Die Bergung der Verschütteten hat bisher nicht erfolgen können. Es wird jedoch kaum damit gerechnet werden können, daß einer der verschütteten Bergleute geborgen werden kann.

Amundsen Noe-Pospolahrt.

Amundsen, von Amerika kommend, ist in Southampton eingetroffen, um die letzten Vorbereitungen für seinen Luftschiffzug von Spitzbergen nach Alaska zu treffen. Falls die atmosphärischen Bedingungen günstig sind, soll der Flug im Mai begonnen werden.

Epidemie auf einem Südamerikadampfer.

Infolge einer Masernepidemie und des Auftretens von Lungenerkrankungen an Bord des Dampfers „Belvedere“ sind während der Ueberfahrt von Triest nach Buenos Aires 30 Personen gestorben.

Die Temperatur der Planeten.

Wie E. Schönberg in der Physikalischen Zeitschrift mitteilt, gibt es noch kein sicheres Verfahren, aus der Strahlung eines Planeten im Gaszustand auf dessen Temperaturverteilung zu schließen. Wohl läßt sich auf Grund der seit 12 Jahren auf der Lya-Sternwarte und in Arizona ausgeführten Messungen die Temperatur der Oberfläche der Planeten mit fester Kruste bestimmen, und zwar für Venus auf etwa plus 45 Grad C, für Mars auf minus 15 Grad, für Jupiter und Saturn auf minus 80 Grad.

Streifzug durch den neuen württ. Staatshaushalt.

Wp. In einer Pressebesprechung machte Ministerialrat Müller vom Finanzministerium nähere Mitteilungen über den soeben im Druck teilweise ausgegebenen neuen württembergischen Staatshaushaltplan für 1926-27. Seit 1914 ist der neue Planentwurf erstmals wieder ausnahmsweise für zwei Jahre, für 1926 und 1927, aufgestellt worden. Die Ausgabe des Etats für 2 Jahre soll jedoch eine dauernde Einrichtung nicht werden, schon weil dazu eine Aenderung der Verfassung notwendig wäre. Die Rechnungsergebnisse des Staatsjahres 1923 konnten wegen der damals noch hereinspielenden Inflation nur in ganz summarischen Zahlen, und zwar in Form eines Kassenabschlusses, ausgewiesen werden. Dieser Abschluß ergab einen Ueberschuß von etwa 7 Mill. Goldmark. Das

Jahr 1924 hat dagegen einen beträchtlichen Ueberschuß gebracht, weil an Reichssteuern bedeutend mehr, als im Voraus geschätzt, überwiesen werden konnte; so konnten aus diesem Ueberschuß für den laufenden Haushalt der Jahre 1926 und 1927 zusammen rund 11 Mill. Mark eingeseht werden.

Im ordentlichen Dienst schließt der vorliegende Haushaltplan für 1926 mit einer Gesamtausgabe von 214,258 000 Mark ab, für das Jahr 1927 mit 212,828 000 Mark; die Gesamteinnahmen sind für 1926 212,160 Mark, für 1927 zu 212,104 000 Mark veranschlagt, so daß für das Jahr 1926 mit einem Ueberschuß von rund 2 Mill. Mark, für das Jahr 1927 mit einem solchen von nur 724 000 Mark zu rechnen wäre. Gegenüber dem Vorjahr 1925 sind die Ausgaben gestiegen um 26,5 bzw. 25,2 Mill. Mark, die Einnahmen um 29,5 bzw. rund 29 Mill. Mark. Der verhältnismäßig niedrige Ueberschuß war nur zu erreichen dadurch, daß die Ausgaben aufs allerhöchste zusammengestrichen, die Einnahmen gestreckt und auf die Ansammlung von Reserven verzichtet wurde, ferner durch die Ueberschüsse von 1924 und 1925. Von den Gesamtausgaben von 1926 entfallen auf den persönlichen Aufwand, also auf Beamtenpersonalbedarf usw. im Jahre 1926 rund 122,8 Mill. oder 57 Prozent, auf den sachlichen Aufwand 91,3 Mill. Mark oder 43 Prozent; im Jahre 1927 auf die persönlichen Ausgaben 123 Mill. Mark oder 58 Prozent, auf die Sachausgaben 89,7 Mill. Mark (42 Prozent).

Im außerordentlichen Dienst treten in Erscheinung die Ueberschüsse von rund 11 Mill. Mark aus den beiden vorhergehenden Etatjahren und an Ausgaben: für weitere Aufwendungen aus der Beteiligung des Staates an den Schwab. Hüttenwerken 1 Mill. Mark, an den Zurbüchlerwerken gleichfalls 1 Mill. Mark und als Betriebskapital für die Torfverwaltung Schussenried 350 000 Mark, des ferneren 140 000 Mark für Ueberschreitungen bei der Großgarage der Kraftwerksgesellschaft. Es verbleiben somit noch 9,6 Mill. Mark, die hälftig für die beiden Etatjahre, also mit je 4,8 Mill. Mark, als Zuschuß für den ordentlichen Dienst eingestellt sind.

Von den einzelnen Staats ist hervorzuheben: die Justizverwaltung erfordert einen Zuschußbedarf von 11,9 Mill. Mark; sie ist die einzige Verwaltung, die einen Minderbedarf (1,5 Mill. Mark) aufweist; ihr Aufgabekreis ist jedoch nicht verringert worden, der Minderbedarf erklärt sich im Zusammenhang mit den Rechnungsergebnissen der beiden Vorjahre. Die Verwaltung des Innern erfordert einen Zuschuß von rund 31,5 Mill. Mark für jedes der beiden Etatjahre, das sind rund 4,5 Mill. Mark mehr als 1925. An einmaligen Ausgaben erscheinen hier 5,5 Mill. Mark für Straßen- und Wasserbau, sowie 1,9 Mill. Mark für die Fortführung der Arbeiten am Redartanal. Beträchtliche Aufwendungen sind auch notwendig für die öffentliche Fürsorge, sowie für das öffentliche Gesundheitswesen. Beim Straßen- und Wasserbau ist im Hinblick auf den sehr schlechten Zustand der meisten Straßen ein Bedarf von rund 12,5 Mill. Mark (mehr 5,7 Mill. Mark eingeseht) bei der öffentlichen Fürsorge 3,4 Mill. Mark (statt 1,7 Mill. Mark). — Das Arbeitsministerium erfordert für 1926 rund 8,2 Mill. Mark, für 1927 7 Mill. Mark. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr ist zurückzuführen auf die erhöhte Förderung der Bodenverbesserung und der Feldbereinigung und der Vermehrung der Zahl der landwirtschaftlichen Winterschulen. Geplant ist die Schaffung von zwei weiteren Kulturbauämtern. Zur Förderung des Luftverkehrs sind 220 000 Mark mehr eingeseht, da Württemberg auf diesem Gebiete nicht ins Hintertreffen geraten sollte.

Bei der Kulturverwaltung beträgt der Zuschußbedarf für jedes der beiden Jahre rund 43 Millionen Mark. Die Leistungen an die Kirchen belaufen sich für jedes der beiden Etatjahre zusammen auf 11 Millionen Mark, wovon auf die evangelische Kirche 7,4 auf die katholische 3,7 Millionen Mark kommen. Was die 3 Hochschulen des Landes anbelangt, so zeigen die Unversität und die Technische Hochschule ungefähr den gleichen Besucherstand wie im Vorjahr, in Hohenheim ist die Zahl der Studierenden dagegen erheblich zurückgegangen. Der Staatszuschuß für die Unversität beläuft sich für 1926 auf 2,8 Millionen Mark, für die Technische Hochschule 362 000 Mark. Für das Jahr 1926 sollen 4 neue landwirtschaftliche Winterschulen geschaffen werden, womit die Gesamtzahl derselben auf 28 gestiegen ist. Bei den Gewerbe- und Handelsschulen sollen 20 nicht planmäßige Stellen in planmäßige umgewandelt und 40 weitere außerplanmäßige Lehrkräfte an Gewerbe- und Handelsschulen angestellt werden, ferner 20 für die Frauenarbeitschulen in jedem der beiden Etatjahre. Bei den höheren Lehranstalten sind Mittel für weitere 35 außerplanmäßige Lehrkräfte, bei den Volksschulen 40 weitere außerplanmäßige Lehrstellen, ebenso eine Reihe von außerplanmäßigen Fachlehrerinnenstellen verlangt. Zur Bekämpfung der Junglehrernot sollen die Mittel für 200 weitere Schulpraktikantenstellen verlangt werden. Für die Landesbühnen ist ein Zuschußbedarf von 1,4 Millionen Mark vorgezehen. — Die Finanzverwaltung erfordert für 1926 und 1927 einen Zuschuß von 12,7 Millionen Mark, rund 2 Millionen Mark mehr. Für Zwecke der Justizverwaltung sind hier vorgezehen: 500 000 Mark für einen Schlafjellenbau bei der Strafanstalt Ludwigsburg, ferner erhebliche Mittel für Verbesserung der Maschinen-einrichtung in Winmental und Weihenau und für die Kinderklinik in Tübingen.

Die Allgemeinen Staatsbedürfnisse erfordern rund 19 Millionen Mark für jedes der beiden Etatjahre. Dabei ist hervorzuheben, daß die Pensionen, die vor dem Kriege noch 8,3 Millionen Mark betragen, heute 17 Millionen Mark ausmachen. — Bei den Aufwendungen des Staatsvermögens fällt auf, ein starker Rückgang beim Forstrenten, der 1913 noch 13,7 Millionen Mark, 1925 noch 12 Millionen Mark betrug, für 1926 aber nur zu 11 Millionen Mark veranschlagt ist. Bei den Staatsdomänen liegt eine Ertragssteigerung um rund 400 000 Mark vor.

Aus Stadt und Land

Calw, den 17. März 1926.

Dienstnachricht.

Regierungsbaumeister Eugen Suggar beim Straßen- und Wasserbauamt Calw ist zum Bauamtmann im Geschäftsbereich der Ministerialabteilung für den Straßen- und Wasserbau ernannt worden.

Waldbrandgefahr.

Das Frühjahr ist erfahrungsgemäß die gefährlichste Jahreszeit der Waldbrände. Da weitaus die meisten Waldbrände durch Fahrlässigkeit entstehen, ist es nötig, die Bevölkerung, besonders rauchende Spaziergänger und die Wanderer immer wieder nachdrücklich auf die Bestimmungen des Forstpolizeigesetzes hinzuweisen, wonach es verboten ist, mit unverwahrtem Feuer oder Licht, also brennenden Cigarren, Cigaretten, Pfeifen ohne Deckel, den Wald zu betreten, im Walde brennende oder glimmende Gegenstände wegzuworfen oder unvorsichtig zu handhaben, und im Walde, oder in gefährlicher Nähe desselben, Feuer anzuzünden. Aufgaben der Eltern und der Schule muß es sein, vor allem den jugendlichen Wanderer auf den großen Schaden aufmerksam zu machen, der durch ein weggeworfenes Zündholz oder eine Cigarette oder durch das neuerdings so sehr beliebte Abkochen im Wald entstehen kann. Wer einen Waldbrand wahrnimmt, hat, wenn die sofortige Unterdrückung des Brandes nicht gelingt, so schnell als möglich dem Ortsvorsteher der nächsten Gemeinde Anzeige zu machen, auch ist jedermann verpflichtet, zur Löschung eines Waldbrandes auf Aufforderung der zuständigen Beamten Hilfe zu leisten. Ein Nichtbefolgen dieser Bestimmungen ist strafbar.

Aus der Methodistengemeinde.

Am Sonntag, den 21. März, werden in der Methodistengemeinde folgende Kinder nach Abschluß des Religionsunterrichtes in der Gemeinde geprüft und eingeweiht: Otto Burkhardt, Sohn des Jakob Burkhardt, Kassendiener; Walter Eßig, Sohn des Wilhelm Eßig, Briefträger; Anna Furtmüller, Tochter des Joseph Furtmüller, Stammheim; Ruth Gierke, Tochter des Ernst Gierke, Schneidermeister; Friedrich und Karl Göller, Zwillinge des Karl Göller, Gehilfen; Gottlob und Dora Kusterer, Zwillinge des Christian Kusterer, Bahnwärter; Gottlob Reutter, Sohn des Karl Reutter, Schreinermeister, Stammheim; Maria Rezer, Tochter des Friedrich Rezer, Oberkollbich; Hermann und Maria Wader, Zwillinge des Friedrich Wader, Ottenbrunn.

Rundgebung der SPD. Calw gegen die Fürstenabfindung.

Man schreibt uns: Die sozialdemokratische Partei hatte für vergangene Samstagabend eine Versammlung mit dem Thema: „Fürstenabfindung und Volksbegehren“ in den Saal der Restauration Wolf einberufen. Um 8 Uhr war der Saal bereits überfüllt. Herr Sekretär Kellermann aus Stuttgart, der für den verhinderten Reichstagsabgeordneten Hoffmann das Referat übernommen hatte, führte zunächst zurück in die „gute alte Zeit“ bis zur Weibergschaft. Dann schilberte er die Entstehung der deutschen Königreiche durch Napoleons Gnaden und ihre Geschichte bis zu den Kriegen von 1866 und 1870. Das Jahr 1866 habe ebenfalls Fürstenenteignungen gebracht und zwar die des Königreiches Hannover und der Fürsten von Hessen-Kassel durch den König von Preußen. Mit der Begründung der Sicherheit des Staates wurden die Fürstentümer restlos enteignet. Darüber sagte Bismarck am 2. März 1866 im preussischen Abgeordnetenhaus: „Ueber juristische Zwirnsfäden wird die Kgl. Regierung nicht stolpern.“ Bismarck ließ bei diesen Enteignungen keinerlei juristische, sondern nur politische Gesichtspunkte gelten. Es bestehe deshalb kein Grund für die Republik die Fürsten nobler abzufinden, als ehemals ein Fürstenhaus das andere. Ueber die Entstehung der sogenannten fürstlichen Vermögen führt der Redner verschiedene Beispiele an, so wurden von den deutschen Fürsten insgesamt 291 166 Mann an ausländische Staaten als Soldaten verkauft, wovon 11 853 gefallen sind. Schlösser, Forsten, Güter usw. wurden einfach durch Kabinettsordre aus Staatsbesitz an die fürstl. Familien übereignet. Sodann gibt der Redner eine Aufzählung der Forderungen der einzelnen Für-

stentümer zusammen in Höhe von über 2 1/2 Milliarden Goldmark. Daneben machten ehemalige Standesherrn noch Ansprüche geltend, die bis in die Zeiten der Leibeigenschaft und des Raubrittertums zurückzuführen. Zu guter Letzt solle das deutsche Volk auch noch die Dürnen der Fürsten verhalten. Die Enteignung des österreichischen Kaiserhauses sei sofort nach Kriegsschluß und zwar ohne Entschädigung erfolgt, das deutsche Volk habe aus Selbsterhaltungsründen die Pflicht dies nach 7 Jahren nachzuholen. Auch nach der Enteignung werden die Fürsten nicht zu hungern brauchen. Vergleiche man die Opfer, die das deutsche Volk während des Weltkrieges an Gut und Blut für das Vaterland haben bringen müssen, so zeige es sich auch hier, daß der Veraleich für die Zollerfamilie sich als beschämend herausstellt. Man könnte über das Zammern der Fürstentümer lächeln, können sie es doch nicht verhindern, daß allen Parteiparolen zum Trost, die Wähler von Demokraten, Zentrum, Volkspartei usw. sich in einem gesunden Instinkt dem Volksbegehren anschließen, sie konnten es nicht verhindern, daß selbst in Ostpreußen, wo 99 Prozent Hindenburg wählten, die gleichen Wähler restlos das Volksbegehren unterzeichnet haben. Mit der Aufforderung der Wähler im Bezirk Calw, sich in die Listen einzugeichnen, schloß der Redner seine Ausführungen unter lebhaftem Beifall der Versammlung. Anschließend wurde den Segnern der Fürstenenteignung Gelegenheit zur Aussprache ihrer Rechtsansprüche gegeben, es fand sich aber niemand, der die Fürstenansprüche verteidigen wollte. Mit dem Dank an den Referenten konnte der Vorabend die eindrucksvolle Versammlung schließen.

Wetter für Donnerstag und Freitag.

Die Wirkung des westlichen Hochdrucks wird durch das nördliche Tief beeinträchtigt. Für Donnerstag und Freitag ist immer noch veränderliches, mehrfach bedecktes, jedoch nur zu vereinzelten Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

*

SCB Pforzheim, 16. März. Einem besetzten Lastauto verfuhr die Steuerung. Es fuhr auf den Gehweg und ließ gegen die Gartenmauer. Hierbei wurde ein des Weges kommender Mann angefahren und gegen die Gartenmauer geschleudert. Er erlitt dadurch einen Schädelbruch.

SCB Stuttgart, 16. März. Gestern traf eine schwäbische Bauernkapelle aus dem Banat hier ein und wurde auf dem Bahnhof von Mitgliedern des Deutschen Auslandsinstituts empfangen. Das Trommler- und Pfeiferkorps des Jungdeutscher Landbundes geleitete die Kapelle dann durch die Stadt, die wiederholt spielte. Im Hof des Auslandsinstituts wurde die Kapelle von Generalmajor Dr. Ranner aufs freundlichste begrüßt. Er betonte, daß den Gefallen das Schwabenherz aufs wärmste entgegenbringe, daß sie Freunde und Landsleute seien, mit denen wir uns untrennbar geistig verbunden fühlen. Mit einem Hoch auf die Gasse und auf das tapfere Volkstum in Rumänien wurde das Deutschlandlied gesungen. Alsdann zog die Kapelle vor das Ministerium des Innern und spielte dort einige Stücke, während eine Abordnung von Minister Holz empfangen wurde. Derselbe Vorgang wiederholte sich dann unter lebhafter Teilnahme der Bevölkerung vor dem Rathaus, das gesalgt hatte.

SCB Stuttgart, 16. März. Sie haben sich am Montag in die Listen zum Volksbegehren über die Fürstenabfindung 11 589 Wahlberechtigte eingetragen. Insgesamt sind damit für das Volksbegehren bis jetzt hier 78 061 Stimmen abgegeben worden.

SCB Rottenburg, 16. März. Das Auto von Bischof von Reppel erlitt bei der Dreifaltigbrauerei einen Unfall. Vor der Wirtschaft standen zwei Bierwagen und ein weiteres Fuhrwerk kam entgegengefahren. Da die Straße an diesem Platz sehr eng ist, konnte das Auto kaum hindurchkommen. Es wurde leicht beschädigt. Die Insassen, darunter auch der Bischof, kamen mit dem Schrecken davon.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Berliner Briefkurse.

100 holl. Gulden	168,49 Mk.
100 franz. Fr.	15,17 Mk.
100 schweiz. Frk.	80,93 Mk.

Stuttgarter Börsenbericht vom 16. März.

Die Börse lag auch heute wieder fest, doch kam ziemlich viel Material an den Markt und die Kurse behaupteten sich.

Produktenbörsen- und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern e. V.

Berliner Produktenbörse vom 16. März.

Weizen märk. 250-254, Roggen märk. 154-158, Sommergerste 166-190, Wintergerste 138-152, Hafer märk. 162 bis 172, Weizenmehl 32.50-36, Roggenmehl 22.50-24.50, Weizenkleie 10.10-10.20, Roggenkleie 9-9.20, Viktoriaerbsen 25 bis 31, N. Speiseerbsen 23-25, Peluschken 20-21, Ackerbohnen 2-21, Wicken 23-25, blaue Lupinen 11.50-12.50, gelbe 14-14.50, Seradella 16-21, alt 25-29, Kapskuchen 14.50 bis 14.70, Leinkuchen 18-18.50, Trockenschrot 8.30-8.60, Sojabrot 18.40-18.60, Kartoffelflocken 13.7-14; Raufutter: brahigepr. Roggenstroh 0.80-1.40, dto. Weizenstroh 0.80 bis 1.30, dto. Haferstroh 0.80-1.30, bindfahengepr. Roggen- und Weizenstroh 0.90-1.35, gebd. Roggenlangstroh 1.25-1.65, Mischheu 2.5-3., Häffel 1.40-1.80, handelsübll. Heu 3.40 bis 4., Gerstenstroh 0.80-1.30, Kleeheu 4-4.50; Tendenz: kaum behauptet.

Stadtanleihen.

Der Stadtrat von Bad Dürrenheim beschloß die Aufnahme einer Auslandsanleihe von 360 000 M., wovon 160 000 M. zur Abdeckung von Baubarlehen, der Rest für den Ausbau der Rhein-Hardt-Bahn verwendet werden soll. — Der Stadtrat Augsburg beschloß sich augenblicklich mit einem Antrag der Mieterfraktion, wonach 1000 neue Wohnungen gebaut werden sollen; die Erstellung von 500 Wohnungen solle auf dem Wege der Aufnahme einer Auslandsanleihe erfolgen. Die Augsburger Auslandsanleihe, beginn. der Anteil, der aus der Gemeindefinanzen des Groverbands auf Augsburg fällt, ist von der Regulierungskommission abgelehnt worden. Der Betrag sollte zum Ausbau des Straßenbahnnetzes zur Uebernahme des Stromleitungsnetzes des Hochspannungsnetzes und zum Ausbau von Wasserkräften dienen.

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 16. März.

Dem Dienstagmarkt am Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 92 Ochsen (unverkauft 12), 42 (6) Bullen, 250 (20) Jungbullen, 316 (42) Jungkälber, 113 Kühe 1058 Kälber, 1299 (200) Schweine, 3 Schafe. Erlös aus je einem Zentner Lebendgewicht: Ochsen 1. 43-47 (letzter Markt: 43-47); 2. 30-40 (30 bis 41); Bullen 1. 43-45 (44-46); 2. 38-42 (39-42); Jungkälber 1. 49-52 (unverändert); 2. 42-47 (unv.); 3. 35-40 (unv.); Kühe 1. 30-38 (unv.); 2. 18-28 (unv.); 3. 12-17 (unverändert); Kälber 1. 76-78 (78-80); 2. 68-74 (71-76); 3. 58-66 (62-68); Schafe 75-80 (76-79); Schweine 1. 79 bis 80 (80-81); 2. 78-79 (80-81); 3. 74-77 (78-79); 4. 71 bis 74 (72-76); Sauen 58-69 (60-70) M. Marktverlauf: mäßig belebt, später abflauen.

Schweinepreise.

Besigheim: Milchschweine 30 bis 35, Käufer 65 bis 72 M. — Oberndorf: Milchschweine 35-47 M. — Niedlingen: Milchschweine 38-45, Mutterfische 250-280 M. — Sulzbach a. M.: Milchschweine 25-47, Käufer 60-80 M. — Tuttingen: Milchschweine 32-42 M. das Stück. — Alten: Milchschweine 35-48, Käufer 70 M.

Fruchtpreise.

Alten: Weizen 13-13.20; Roggen 9; Gerste 8.80-9.50; Hafer 8-8.80; Futtererbsen 12.50 M. — Heidenheim: Kernen 14, Weizen 12.10; Gerste 8.80; Hafer 8.80 M. — Nördlingen: Weizen 12.40-12.90; Roggen 9.20-9.40; Gerste 8.40-8.80; Hafer 10-11; Bohnen 10-11.50 M. — Niedlingen: Gerste 8.50-9; Hafer 9-10.50 der Zentner.

Büchertisch.

Scheffel im Lichte seines 100. Geburtstags. Eine Huldigung deutscher Dichter und Schriftsteller. Herausgegeben vom Scheffel-Museum in Matthee. Verlag von Adolf Wenz u. Comp., Stuttgart. Kart. M. 2.50. Der alte Freund Scheffels und Gründer des Scheffelbundes in Desterreich, Anton Breitner, hat eine Sammlung charakteristischer Aussprüche und Aufsätze im Auftrag des Scheffel-Museums zusammengestellt, die sich in der Hauptsache mit der Frage beschäftigen: Was ist das Schöne am Eckebard? Es ist erstaunlich und erhebt zu sehen, wie weit die Wirkung dieses Meisterromans gegangen ist, und wie stark sie auch jetzt noch nachdient.

Neue Klust? - Ne-



aber alte zu Busing gebracht und für wenig Geld wie neu reinigen lassen.

Annahme:
Wilh. Entenmann, Calw, Manufakturwaren.

Sendet deutsche Zeitungen in's Ausland!

Gemeinde Althengstett.

Nadelstammholz-Verkauf.

Am Montag, den 22. März 1926, nachmittags 1 Uhr kommen auf dem hiesigen Rathaus im öffentlichen Aufsteig nachstehendes Stammholz zum Verkauf:

Fichten und Tannen:

Langholz 700 St. mit Fm. I. 17; II. 95; III. 135; IV. 93; V. 60 und VI. 8.

Sägholz 15 St. mit Fm. I. 3; II. 5 und III. 2.

Losverzeichnisse sind bei Forstwart Mayer zu haben.

Gemeinderat.

Säuglingspflege

erfordert größte Reinlichkeit. Die Wäsche muß stets peinlich sauber sein. Verwenden Sie daher beim Waschen



Dr. Thompson's Seifenpulver

Es löst den Schmutz ohne Ihr Zutun ist vollkommen unschädlich, nimmt der Kinderwäsche den scharfen Geruch und hinterläßt einen zarten frischen Duft.

Immer und nur Rahma-buttergleich

MARGARINE

Stammheim, den 16. März 1926.
Todes-Anzeige.



Verwandten und Bekannten teilen wir die schmerzliche Nachricht mit, daß unser lieber Vater, Großvater, Schwiegervater u. Bruder

Georg Adam Koller
früherer Kirchenpfleger

heute Abend unerwartet rasch verschieden ist. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: die Witwe: **Karoline**, geb. Zigmann; die Kinder: **Gottlob Koller**, Gemeindepfleger; **Karl Koller**, Maurer; **Wilhelm Koller**, Kirchenpfleger; **Berta Reutter**, gebor. Koller.

Beerdigung Freitag Mittag 1/2 2 Uhr.

Dachtel, den 16. März 1926.
Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, welche wir bei dem herben Verluste unserer lieben Tochter und Schwester

Marie Bizer

erfahren durften, für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers, den erhebenden Gesang des Gesangsvereins, für die vielen Blumen-spenden, die überaus zahlreiche Begleitung von Nah und Fern zu ihrer letzten Ruhestätte sprechen wir unseren herzlichsten Dank aus.

Familie Bizer.



Wir empfehlen
Frische Cabliau

Pfd. 36 Pfg.



Pfd. 28 Pfg.

5 Pfd Kiste 1 35 M.



Pfd. 28 Pfg.

5 Pfd Kiste 1 35 M.



Pfd. 28 Pfg.

5 Pfd Kiste 1 35 M.

Einige 1000 M.

(auch in kleineren Posten) hat gegen erstklassige Sicherheiten auf kürzere od. längere Zeit auszuleihen. Anfragen unter B. C. 63 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Mädchen

im Alter von 15-17 Jahren, das Liebe zu Kindern hat und ev. zu Hause schlafen kann.

Näheres durch die Geschäftsstelle ds. Bl.

Einige Lehrlinginnen

werden zur gründlichen Ausbildung angenommen bei

Lorenz Veitner, Stulzfabrik, Unterreichenbach.

Museums-Gesellschaft Calw.

Gesellschaftsabend am Freitag, 19. März 1926, abends 8 Uhr im Hotel „Waldhorn“. Tagesordnung: Abstimmungen u. a.

Ein Gelbschein wurde gefunden bei Bäcker Kirchherr

Consum-Berein Calw.

Wir empfehlen unsere gut gepflegte

Weine

Dürkheimer 1 Ltr. Fl. 1.—

Wachenheim. 1 Ltr. Fl. 1.25

Seroldigo 1/2 Fl. 1.20

Kalterer See 1/2 Fl. 1.20

St. Martinier Weißwein 1 Ltr. Fl. 1.25

1921er Plattensee Spätlese 1/2 Fl. 1.30

Malaga gold 1/2 Fl. 1.50

alles mit Steuer ohne Flasche.

N. B. Mitgliedsbücher u. Rückvergütungsscheine sind zur Verrechnung der Dividende bis zum 25. März in den Verteilungsstellen abzuliefern.

Gesucht
wird ein größeres **Zimmer**

auf einige Stunden in der Woche. Angebote unter B. C. 62 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

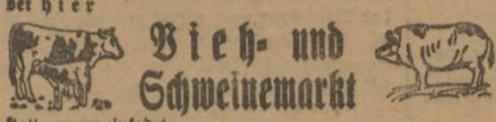
Wasserglas

hell u. geruchlos empfiehlt

Ch. Schlatterer.

Unterreichenbach.

Am nächsten Montag, den 22. März ds. Js. findet hier



Bieh- und Schweinemarkt

Katt, wozu einladet. Den 16. März 1926.

Gemeinderat.

Konfirmanden-Schirme Stöcke



Untere Marktstr. 72. Eigene Reparaturwerkstätte.

Ostergeschenke

Evng. Buchhandlung Carl Spambalg Hermannstr. Fernspr. 189.

Serva-Kaffee



beste Mischungen, stets frisch gebrannt

Carl Serva, Calw Fernspr. 120

Deutschland-Fahrräder

beste Qualitätsmarke direkt ab Fabrik Nähmaschinen, Uhren, Waffen Fahrrad-Fabrik August Stukenbrok, Einbeck 16 Größtes Fahrradhaus Deutschlands Sportartikel aller Art, Preisliste kostenfrei

Färberei Brinß

Chemisches Reinigungswerk und Blüster-Anstalt Annahmestellen in

Calw, Fräulein Julie Schimpf, Badstraße. Althengstett, Frau Mina Essig, D'schneiderin. Liebenzell, Carl Häußler, Kaufmann.



NW&K WOLLGARNE

Schultrangen Ledergamaschen Lederstulpen Lederpulswärmer Plaidriemen

Reicherl

Ja, das weiß bald jeder, ist bekannt für gutes Leder.

TAPETEN

in großer Auswahl auf Lager

EMIL G. WIDMAIER Bahnhofstraße

Zwieback und Anisbrot

empfehlen stets frisch Hermann Schmürle.

Pferdefleisch

für Mühle-Fuhrwerk und Landwirtschaft kann sofort eintreten bei

Ernst Weik, Kunstmühle, Wildberg D. A. Nagold.

Einen vor ca. 10 Jahren aus Rundholz hergestellten

Schuppen

zur Unterbringung von Heu, Stroh, Wagen usw. geeignet, 11.- m lg., 8.20 m bet. und 7.- m im First hoch, verkauft auf den Abbruch

Ernst Kirchherr, Zimmermeister, Calw.

Sirka 25 Zentner gut gewittertes emlg

Klee-Heu

(Bergfutter), sowie sirka 15 Zentner

Stroh

kann abgeben

Fr. Prof., Telefon 3 Wildberg D. A. Nagold.

1 Kuh samt Kalb

verkauft

Michael Schroth.

Kuh

mit dem 5. Kalb geht dem Verkauf aus

Johannes Stahl, Gipfer, Ofelsheim.

Einsetzen neuer l. Dual. Gummivalzen in Bringmaschinen unter Garantie Fr. Herzog d. Nagold

Haarpfängen

repariert S. Obermatt, Friseur.



Pfannkuch

Zur Konfirmation

Weizenmehl Spezial 5 Pfd. 1.10

Feinstes Auszugmehl 5 Pfd. 1.10

Schweine-Schmalz rein amerik. Pfd. 92 Pfg.

Frische Steiermärker Eier 10 Stück 1.10

Rosinen Sultaninen

Corinthien Stets frische Tafelbutter

Pfannkuch

Wasserglas wasserhell und geruchlos zu haben bei

R. Hauber.



Damen- und Mädchen-Bekleidung

Mäntel, Kostüme, Taillenkleider, Röcke, Blusen

C. Berner-Pforzheim

Verkaufsräume parterre und eine Treppe hoch.

ECKE METZGER BEUMENSTRASSE